

## Strukturmaßnahmen für die Region Nürnberg nach dem Aus für Quelle voranbringen

Das **Versandhaus Quelle ist insolvent**. Diese Nachricht war ein **herber Schlag** für die gesamte Wirtschaftsregion Nürnberg sowie insbesondere für alle davon betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Familien.

Die CSU-Fraktion hat diese Entwicklung mit **großem Bedauern** zur Kenntnis nehmen müssen, ist es doch das Ende eines traditionsreichen Unternehmens. Trotz intensiver Rettungsbemühungen und der Gewährung eines Massekredits, die wir nach wie vor für richtig halten, kam leider keine Investorenlösung zustande.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, auf die Bundesagentur für Arbeit einzuwirken, dass diese **alle zur Verfügung stehenden Instrumente der Arbeitsmarktpolitik**, vor allem Vermittlung, Qualifizierung und Weiterbildung, bestmöglich für die betroffenen Arbeit-

nehmer ausschöpft. Außerdem soll die Staatsregierung auf die zuständigen Stellen einwirken, die **auf Landes-, Bundes- und Europaebene** zur Verfügung stehenden Instrumente schnellstmöglich einzusetzen und die Übernahme von Spezialversandhandelsunternehmen der Primondo-Gruppe in Bayern zu begleiten.

Schließlich wollen wir, dass in enger Abstimmung mit den betroffenen Kommunen weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden, **der betroffenen Region neue Perspektiven zu eröffnen** und die Rahmenbedingungen für **zukunftsfähige neue Arbeitsplätze** zu schaffen. Neben den bereits von der Staatsregierung eingeleiteten Maßnahmen, vor allem in den Bereichen Wissenschaft und Technologie, kommt es uns darauf an, zusätzlich Projekte rasch auf ihre Chancen zu untersuchen und bei positiver Bewertung und Finanzierung umzusetzen.

## Unterstützung der Olympiabewerbung der Landeshauptstadt München 2018

Bayern war 1972 mit der Landeshauptstadt München Gastgeber Olympischer Sommerspiele. Nun **bewirbt sich München** darum, die **XXIII. Olympischen und XII. Paralympischen Winterspiele 2018** ausrichten zu dürfen. Daran **beteiligen sich Garmisch-Partenkirchen und der Landkreis Berchtesgadener Land**.

Diese **Olympiabewerbung** bietet für den Freistaat Bayern und darüber hinaus für die Bundesrepublik Deutschland eine hervorragende Gelegenheit, sich als innovativer Wirtschaftsstandort, als herzliches und weltoffenes Gastgeberland zu präsentieren und an die einzigartige Atmosphäre der Fußballweltmeisterschaft 2006 anzuknüpfen. Damit einher gehen **positive Impulse für den Wirtschafts- und Tourismusstandort Bayern**.

Deshalb unterstützt die CSU-Fraktion die Münchner Olympiabewerbung 2018. In einem **Dringlichkeitsantrag**

haben wir betont, dass wir in der geplanten Bewerbungskonzeption eine hervorragende Grundlage sehen, Olympische Spiele auf höchstem Niveau, **umweltverträglich und mit nachhaltigem Nutzen für den Freistaat Bayern** und für seine Bevölkerung auszurichten. Wir **befürworten staatliche Fördermaßnahmen**, die der Austragung der Olympischen Spiele in Bayern zugute kommen, und haben die Staatsregierung aufgefordert, in diesem Zusammenhang auch auf eine bestmögliche Unterstützung des Bundes hinzuwirken.

Insbesondere halten wir eine der nationalen Bedeutung der Olympiabewerbung angemessene **finanzielle Beteiligung des Bundes** an den erforderlichen Investitionen in die Sportstätteninfrastruktur sowie zusätzliche Bundesmittel zur beschleunigten Realisierung olympischer Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen für notwendig.

## Tragfähige Lösung für den Betrieb des Digitalfunks

Bund und Länder arbeiten schon längere Zeit daran, gemeinsam ein bundesweit einheitliches digitales Sprech- und Datenfunksystem für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) einzuführen. Hierzu gehören die Polizei, die öffentlichen Feuerwehren, die Katastrophen-

schutzbehörden, die Rettungsdienste und weitere Hilfsorganisationen.

In einem **Dringlichkeitsantrag** hat die CSU-Fraktion **bekräftigt, dass an dem Projekt Digitalfunk neben den staatlichen Stellen auch alle nicht staatlichen BOS teilnehmen** sollen.

Wir haben es begrüßt, dass die Investitionskosten für die Netzerrichtung sowie die Betriebskosten des Digitalfunks während des Probetriebs bis einschließlich 2012 im Gesamtvolumen von knapp 400 Mio. Euro vollständig durch den Freistaat Bayern finanziert werden. In Bezug auf die **Finanzie-**

**rung der laufenden Betriebskosten des Digitalfunks ab 2013 sowie die Kosten der Erstausrüstung der Feuerwehren mit Endgeräten** haben wir die **Staatsregierung aufgefordert, umgehend eine konstruktive Einigung mit den Kommunen herbeizuführen.**

### Datenmissbrauch bei Schüler-VZ

In der Presse wurde darüber berichtet, dass **beim Internetforum Schüler-VZ etwa eine Million Nutzerdaten kopiert worden sind**, die dem Vernehmen nach zur Ausfilterung bestimmter Personengruppen genutzt werden können. Dies zeigt, dass die **Nutzung dieser Internetplattform mit Risiken verbunden** ist: Die Daten sind nicht sicher.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Staatsregierung in einem **Dringlich-**

**keitsantrag** aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um **Schülerinnen und Schüler** über den sogenannten Datenklau bei Schüler-VZ in Bayerns Schulen flächendeckend zu informieren und **Nutzungsempfehlungen zu diesen und ähnlichen Portalen zu geben**. Außerdem soll über die durch die zuständigen Behörden veranlassten Maßnahmen zur Aufklärung und Verhinderung des Datenmissbrauchs im Landtag berichtet werden.

### Maßnahmen zur Stärkung des Frauenanteils in MINT-Berufen

Immer mehr **Mädchen und Frauen** erwerben in ihrer **schulischen Laufbahn hervorragende Qualifikationen für technische und naturwissenschaftliche Berufe**. Ihr **Anteil an Ausbildungs- und Studiengängen in diesem sogenannten MINT-Bereich ist jedoch sehr gering**. Internationale Vergleiche zeigen, dass Frauen in vielen anderen Ländern in deutlich höherem Umfang in diesen Studienfächern vertreten sind.

Wissenschaftliche Studien gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2013 330.000 Akademikerinnen und Akademiker fehlen werden, davon 155.000 in den Bereichen Naturwissenschaft und Ingenieurwesen.

Die CSU-Fraktion ist der Auffassung, dass es sich Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nicht leisten dürfen, aber auch nicht leisten können, auf das Potential von Frauen zu verzichten. Unser **Ziel** ist es, den **Anteil an Frauen in**

**MINT-Berufen zu erhöhen.** Deshalb haben wir die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, darüber zu berichten, mit welchen Initiativen sie unterstützt, dass junge Frauen eine Ausbildung bzw. ein Stu-

dium in MINT-Berufen absolvieren. Außerdem soll sie prüfen, ob durch einen Beitritt zu nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen der Zugang junger Frauen zu diesem Berufsfeld weiter verbessert werden kann.

### **Aufklärungsarbeit an bayerischen Schulen über die DDR**

In weiten Teilen der Bevölkerung und **gerade bei jüngeren Menschen gerät das Unrechtsregime der DDR zusehends in Vergessenheit.** Um das Bewusstsein für diese Diktatur zu schärfen, ist es dringend geboten, dass Menschen mit persönlicher Erfahrung den Schülerinnen und Schülern die Verhältnisse im SED-Staat anschaulich nahebringen.

In einem **Dringlichkeitsantrag** haben wir deshalb verlangt, den **Schulen zu ermöglichen, dass ehemalige politische Häftlinge der Staatssicherheit der DDR und andere Opfer des SED-Regimes über ihre Erlebnisse berichten können.**

### **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern**

Das **Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung** sichert diesen einen einklagbaren Anspruch auf Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe. Damit sind **erhebliche Konsequenzen für die Ausgestaltung der Hilfe- und Unterstützungssysteme nach den Sozialgesetzbüchern einschließlich der frühkindlichen Bildung in Bayern verbunden.**

Auf der Grundlage eines **Dringlichkeitsantrags** haben wir deshalb eine **Experten-Anhörung** im Landtag beschlossen, bei der insbesondere die Herausforderungen, die sich durch die Umsetzung dieser Konvention für Bayern ergeben, die erforderlichen Maßnahmen sowie die entstehenden finanziellen und personellen Mehrbedarfe dargestellt werden sollen.

## Umsetzung des „Lissabon-Urteils“ begrüßt

Das **Bundesverfassungsgericht** hat mit Urteil vom 30. Juni 2009 die **Mitwirkungsrechte von Bundesrat und Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union deutlich gestärkt**. Um den Forderungen des Bundesverfassungsgerichts Rechnung zu tragen, hat sich der Bundestag daraufhin auf eine Reihe von Rechtsänderungen verständigt.

Die CSU-Fraktion hat diese Einigung in einen **Dringlichkeitsantrag** begrüßt. Darin haben wir die **Staatsregierung** auch **aufgefordert, das Gesetzgebungsverfahren zügig zu unterstüt-**

**zen**, damit die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon noch vor der Bundestagswahl abgeschlossen werden kann.

Außerdem haben wir von der Staatsregierung verlangt, baldmöglichst gemeinsam mit dem Landtag Vorschläge zu erarbeiten, wie künftig **bei EU-Rechtsakten eine Beteiligung des Landtags in Bezug auf das Abstimmungsverhalten der Vertreter der Staatsregierung im Bundesrat** erfolgen soll.

## Änderungen bei der Förderung von lokalen und regionalen Fernsehangeboten und beim Hörfunkprogramm

Die CSU-Fraktion ist der Auffassung, dass **qualitätsvolles lokales und regionales Fernsehen in der bisherigen Struktur ohne finanzielle Förderung nicht bestehen kann**. Andererseits kann durch **Strukturveränderungen**, die nur von den lokalen und regionalen Fernsehanbietern selbst ausgehen können, eine **Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bei den Fernsehanbietern** erreicht werden. Vor diesem Hintergrund wird die **Förderung aus staatlichen Mitteln**, wie wir in einem Antrag betont haben, **in den nächsten drei Jahren degressiv** gestaltet. Die Bayerische Landeszentrale für neue Medien stellt dabei zusätzlich eigene Mittel zur Verfügung.

Schließlich haben wir in dem Antrag die Staatsregierung aufgefordert **zu prüfen**, ob auf Grundlage der bisherigen Förderung der **Übergang zu einer pauschalisierten Festbetragsförderung** mit dem Ziel möglich ist, weitere Anreize für eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der lokalen und regionalen Fernsehangebote zu setzen.

In einem Änderungsantrag hat sich die CSU-Fraktion mit den **Hörfunkprogrammen des Bayerischen Rundfunks** befasst. Wir wollen, dass der Bayerische Rundfunk **bis zu zehn terrestrisch verbreitete Hörfunkprogramme** veranstaltet, **wobei bis zu**

**fünf Hörfunkprogramme analog und fünf Hörfunkprogramme ausschließlich in digitaler Technik** verbreitet werden sollen. Dabei soll der Austausch eines in digitaler Technik verbreitet Hörfunkprogramms gegen eines in analoger Technik zulässig sein, wenn die Anzahl der analogen Hörfunkprogramme nicht vergrößert wird und dadurch insgesamt keine Mehrkosten entstehen.

Als Schwerpunkte dieser Programme haben wir populäre Musik und Unterhaltung, Kultur, Musik für jüngeres Publikum, klassische Musik, Nachrichten und Informationen, Inhalt für älteres Publikum, Bildung, Wissenschaft und Gesellschaft, Service, Beratung und Ereignisse, Bayern und Regionales sowie Jugend definiert.

### Weitere Maßnahmen und Initiativen

#### **Entschließung zur Ausführungsverordnung zum Pflege- und Wohnqualitätsgesetz**

Im Zuge der Diskussion über die Eckpunkte zur Ausführungsverordnung zum Pflege- und Wohnqualitätsgesetz hat der Landtag auf Initiative der CSU-Fraktion hin festgestellt, dass sich Menschen auf eine menschenwürdige Pflege und Betreuung verlassen können müssen. Hierzu bedarf es unserer Auffassung nach zum einen verbindlicher Standards, zum anderen ist es aber auch notwendig, vorab Klarheit zu schaffen, welche Kostenfolgen damit jeweils verbunden sind.

Vor diesem Hintergrund haben wir in einer Entschließung die in den Eckpunkten formulierte **Zielsetzung begrüßt, dass mindestens 85 % aller zur Verfügung stehenden Zimmer in der stationären Altenhilfe bei Neu- und Ersatzneubauten als Einzelzimmer angeboten werden müssen.** Außerdem haben wir die in den Eckpunkten definierte **Mindestpersonal-**

**ausstattung in den Nachtzeiten begrüßt.** Insbesondere wollen wir an der bisher bewährten Regelung festhalten, dass in der Nacht mindestens eine Fachkraft anwesend sein muss.

Es ist uns des Weiteren ein Anliegen, dass sich auch Angehörige einbringen können sollen. Der geplanten **Öffnung der Bewohnervertretungen für Angehörige oder sonstige Vertrauenspersonen** stimmen wir deshalb ausdrücklich zu. Die Staatsregierung soll in diesem Zusammenhang auch prüfen, wie die notwendige Fortbildung von Heim- bzw. Angehörigenbeiräten noch besser sichergestellt werden kann.

#### **Ärztliche Versorgung in Pflegeeinrichtungen**

Für eine optimale Versorgung in den stationären Pflegeeinrichtungen ist eine Verbesserung der medizinischen Versorgung erforderlich.

Die Staatsregierung soll deshalb, wie wir in einem **Dringlichkeitsantrag** zum Ausdruck gebracht haben, im Landtag darüber berichten, wie die gegenwärtige Situation der medizinischen Versorgung beurteilt wird, ob künftig in verstärktem Umfang die Festanstellung von Ärzten in größeren Pflegeeinrichtungen erreicht werden kann und welchen Beitrag Pflegenetze zur ärztlichen Versorgung leisten können

### **Ausbau der Bayerischen Nabelschnurblutbank**

Die Transplantation von Nabelschnurblutstammzellen stellt ein wissenschaftlich begründetes Verfahren dar, das erfolgreich zur Heilung lebensbedrohlicher Erkrankungen eingesetzt werden kann. In einem Antrag, dem sich alle im Landtag vertretenen Fraktionen angeschlossen haben, hat die CSU-Fraktion erklärt, dass die ethisch unbedenkliche Gewinnung von Stammzellen aus Nabelschnurblut zur allogenen Spende rasch vorangebracht werden soll, und dass **zur Förderung der allogenen Spende von Stammzellen aus Nabelschnurblut eine staatliche Anschubfinanzierung** erforderlich ist.

### **Ertüchtigung des Bahnknotens München für den Nah-, Regional- und Fernverkehr**

In einem Antrag hat sich die CSU-Fraktion dafür eingesetzt, dass der Wirtschafts- und der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags nach der Veröffentlichung der Gutachten zum **Vergleich des Südrings und der zweiten Stammstrecke** und zur

**Flughafenanbindung** eine gemeinsame **Anhörung** zur Zukunft des Bahnknotens München durchführen. Dabei soll das Ziel sein, eine möglichst breite Entscheidungsgrundlage für eine finanzierbare Gesamtertüchtigung des Bahnknotens München für den Nah-, Regional- und Fernverkehr zu erarbeiten.

### **Erhalt der Stärkebeihilfe und Trockenfutterbeihilfe im Jahr 2012**

Während die Stärkebeihilfe in anderen europäischen Ländern nur an die stärkeproduzierenden Betriebe ausbezahlt wird, wird in Deutschland derzeit erwogen, sie im Jahr 2012 auf alle landwirtschaftlichen Betriebe zu verteilen. Dies würde zu einer deutlichen Wettbewerbsverzerrung führen.

Deshalb hat die CSU-Fraktion in einem Antrag gefordert, dass die **Beihilfe für die Erzeugung von Stärkekartoffeln auch im Jahr 2012** als betriebsindividueller Betrag **nur denjenigen landwirtschaftlichen Betrieben ausbezahlt wird, die im Jahr 2011 Stärkekartoffel erzeugt und zur Verarbeitung an Stärkefabriken geliefert haben.**

Gleichzeitig haben wir betont, dass **auch die Trockenfutterbeihilfe** im Jahr 2012 als betriebsindividuelle Zahlung ausgestaltet werden soll.

### **Bericht zur Kriminalität gewaltbereiter Motorradgruppen in Bayern**

Medienberichten zufolge etabliert sich in Deutschland in zunehmendem Maße eine **kriminelle Szene gewaltbereiter Motorradgruppen**. Banden wie die

Hells Angels, Bandidos oder Outlaw versuchen nicht zuletzt durch erhebliche Straftaten, ihre Machtstellungen auch in Deutschland auszubauen und ihre Gewinne zu steigern. Ihre Mitglieder treten dabei regelmäßig in den Deliktschwerpunkten Drogen- und Gewaltkriminalität sowie durch Waffendelikte in Erscheinung.

Organisierte Kriminalität gewaltbereiter Motorradgruppen ist eine **nicht zu unterschätzende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung**. Deshalb hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert, zur Lage der Kriminalität gewaltbereiter Motorradgruppen in Bayern zu berichten und dabei insbesondere die polizeilichen Maßnahmen zur Verhinderung und Eindämmung dieser Kriminalität darzustellen.

### **Sicherheit und medizinische Versorgung in den Bayerischen Justizvollzugsanstalten**

Anlässlich der beiden Ausbrüche aus der Justizvollzugsanstalt Nürnberg im Mai und August 2009 soll die Staatsregierung darüber **berichten, welche baulichen und technischen Maßnahmen** in den Bayerischen Justizvollzugsanstalten ergriffen wurden und werden, **um Ausbrüche zu vermeiden**.

Außerdem soll die Staatsregierung über die **medizinische Versorgung und die Notfallversorgung in den Justizvollzugsanstalten** Bayerns Auskunft geben.

### **Bleiberecht für Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe**

In einem Antrag haben wir uns dafür ausgesprochen, dass Inhabern einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe, die bis zum Ende des Jahres die gesetzlichen Voraussetzungen zur Lebensunterhaltssicherung noch nicht erfüllen, die Aufenthaltserlaubnis verlängert werden kann.